

Politischer Kurzbericht

Bolivien wählt: Der mißlungene Befreiungsschlag

Peter-Alberto Behrens

Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Bolivien

La Paz, 12. Dezember 2005

Am 18. Dezember werden die Bolivianer aller Voraussicht nach, entweder den linkspopulisten Evo Morales Ayma oder den bürgerlichen Kandidaten Jorge Quiroga Ramírez zu ihrem neuen Präsidenten wählen. Bevor auch nur ein Wahlzettel den Weg zur Urne gefunden hat, stehen jetzt schon zwei Wahlverlierer fest: Die „alten Parteien“ und die politische Stabilität des Landes.

„Jetzt ist es soweit!“, „Wir können es!“ und „Doria hält sein Gesicht für Bolivien hin!“ – die Slogans der drei aussichtsreichsten Kandidaten Morales, Quiroga und Doria Medina klingen ähnlich und sind ähnlich nichtssagend. Dabei trennen Welten die politischen Persönlichkeiten von Morales einerseits und Quiroga sowie Doria Medina andererseits. Sollte Morales Wahlsieger werden, bekleidet ein Indígena zum ersten Mal in der Geschichte Boliviens das Amt des Staatspräsidenten – obgleich schon in den neunzigern, ein Aymara, nämlich Víctor Hugo Cárdenas, als Vize-Präsident unter Präsident Sánchez de Lozada ein politisches Spitzenamt innehatte.

Quiroga und Doria Medina sind Vertreter der bürgerlichen bzw. der linken Mitte. Sie haben beide politische Karriere in sogenannten „traditionellen Parteien“ gemacht (ADN bzw. MIR) und sie verbindet als Unternehmer ein ähnlicher beruflicher Hintergrund. Morales wurde in den politischen Kämpfen der Koka-Bauern gestählt und hob sich als ihr Führer auf die nationale politische Arena. Er gründete die MAS („Movimiento al Socialismo“ - Bewegung zum Sozialismus) und konnte seit 2000 mehrere politische Achtungserfolge für sich verbuchen. Seifem greift er oft und gerne auf das Mittel der Massenmobilisierungen und Blockaden zurück, um seinen politischen Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Evo Morales – Wolf im Schafspelz?

Morales hat allzu militante Positionen während des aktuellen Wahlkampfes vermieden. Dies gilt beispielsweise für die Themen der Koka-Legalisierung oder der Verstaatlichung der Erdgasindustrie. Seine bislang radikalen Thesen auf diesem Gebiet versucht er nun zu relativieren. Er gewann den linksintellektuellen A.García Linera als Kandidat zur Vize-Präsidentschaft, um die urbane Mittelschicht zu erreichen. Schon am Anfang der Kampagne besuchte Morales Spanien und Frankreich um sich der Unterstützung wichtiger Staaten der internationalen Kooperation zu sichern. Dennoch – seine „Lula-isierung“, im Sinne eines Prozesses der politischen Mäßigung, wie der, den der brasilianische Präsident Luiz „Lula“ da Silva vollzogen hat, scheint nicht besonders

überzeugend. Das größte Hindernis ist dabei seine eigene Partei, die MAS. Denn diese ist im Grunde nicht anderes als ein Zusammenschluß äußerst heterogener Organisationen und sog. „sozialen Bewegungen“. Ihre Bereitschaft zu politischem Kompromiß scheint, gelinde gesagt, begrenzt zu sein und selbst offensichtliche antidemokratische Reflexe hat sie nicht im Griff. So hat der Senator Román Loayza (MAS), ca. 2 Wochen vor der Wahl angekündigt, „Morales werde so oder so die Macht erhalten“, man sei schon „im Gespräch mit führenden Militärs“, welche Vorkehrungen träfen, um den Wahlsieg Morales’ auch gewaltsam herbeizuführen¹. Die intellektuelle Variante solcher Äußerungen findet sich bei García Linera, wenn er z.B. Kuba, als eine „eigene Form von Demokratie“ definiert². Auch der Auftritt Morales’ auf dem letzten Lateinamerika-Gipfel in Mar del Plata, auf welchem er u.a. den venezolanischen Staatspräsidenten als „Mi Comandante“ bezeichnete, hinterließ einige Zweifel ob seiner politischen Zuverlässigkeit. Trotz allem, scheinen aber die bürgerlichen Kandidaten Quiroga und Doria Medina bislang dem politischen Charisma und der Mobilisierungsfähigkeit eines Evo Morales nicht genug entgegenhalten zu können. Morales führt die Umfragen mit 30%-34% an.

Die bürgerlichen – alte Gesichter in neuen Parteien

Der ehemalige IBM-Manager, Jorge „Tuto“ Quiroga bekleidete schon mal das höchste Amt des Landes, als 2001 Präsident H.Banzer starb und er als Vize-Präsident nachrückte. Damals war er noch Führungsmitglied der Banzer-Partei ADN, die er 2004 verließ um eine eigene zu gründen – PO.DEMO.S („Poder Democrático Social“ – Soziale und demokratische Kraft). Ganz offensichtlich nutzt er dabei den sozialdemokratischen „Mainstream“ der z.Z. in Südamerika zu dominieren scheint: die Parteiembleme (Weißer Stern auf rotem Hintergrund) erinnern an die marxistische Ästhetik der siebziger Jahre. Ebenso stellt er die sozialen Elemente seines Regierungsprogramms in den Vordegrund. Dennoch kann er auf die Unterstützung nicht nur der wirtschaftlich dominierenden Oberschicht in Santa Cruz, sondern auch auf die vieler kleiner und mittlerer Unternehmer in El Alto rechnen, die in Morales eine Gefahr für die an sich schon schwache Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Volkswirtschaft sehen. Selbst wenn viele Beobachter das Regierungsprogramm Quirogas als seriös und fundiert bezeichnen, wird ihm angelastet, er habe zu vielen sogenannten „tránsfugas“, also „Parteiflüchtlingen“ der alten, delegitimierten Parteien, allzu fahrlässige Unterschlupf in den Kandidatenlisten von PODEMOS gewährt. Quiroga erscheint in den Umfragen als Zweitplatzierter mit 26%-30%.

Der ehemalige MIR-Politiker Samuel Doria Medina ist der dritte im Bunde der Kandidaten mit Erfolgsaussichten. Auch er entschied sich 2005 zur Gründung einer neuen Partei, der UN („Unidad Nacional“ – Nationale Einheit). Seine wichtigste politische Botschaft konzentriert sich darauf, die Einheit des Landes zu sichern, welche tatsächlich von den Fliehkräften des wirtschaftlich boomenden Santa Cruz einerseits und des politisch konfliktivem Hochland andererseits (La Paz, El Alto, Oruro, Potosí) auseinanderzureissen droht. Mit einer Einbindungstaktik, ernannte der aus La Paz stammende Doria, einen als „Scharfmacher“ verschrieenen Politiker aus Santa Cruz, Carlos Dabdoub, als seinen Vize-Präsidentschaftskandidaten. Kritiker halten Doria

¹ So der Senator der MAS am 28. November 2005 während eines Radio-Interviews. Die Tageszeitung LA RAZÓN gab das Interview in seiner Ausgabe des Folgetags wider.

² A.García Linera antwortete so auf die Frage einer TV-Journalistin während einer TV-Debatte mit der Widersacherin M.R.Duchén (PODEMOS) auf die Frage, ob Kuba eine Demokratie sei. Fernsehkanal ATB, 2.Dezember 2005.

Medina vor, er könne kaum mit einem eigenständigen Profil aufwarten, ausser dem, „etwas linker“ als Quiroga zu sein. Doria Medina ist mit seiner UN, laut Umfragen der dritte in der Wählergunst mit ca. 9-14%.

Der Tod der alten Parteien

Anfang September dieses Jahres verstrich die Frist zur Anmeldung von Kandidaten zu den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen. Die Überraschung vieler Beobachter war groß: Die sogenannten „traditionellen Parteien“, also diejenigen die das politische Leben der letzten 25 Jahre maßgeblich bestimmt haben, stellten entweder keine Kandidaten oder solche, die selbst den eigenen Parteimitglieder bis dahin völlig unbekannt waren. Dies gilt besonders für die MNR, die im letzten Vierteljahrhundert am häufigsten an der Regierung beteiligt war und die älteste bedeutende politische Partei Boliviens ist. Sie stellte mit Michiaki Nagatani einen Newcomer als Kandidaten auf, nachdem der Designierung handgreifliche Auseinandersetzungen vorausgegangen waren. Schlimmer erging es dem ewigen Widerpart des MNR, der sozialdemokratisch orientierten MIR. Sie schaffte es noch nicht mal, sich auf einen Kandidaten zu einigen und wird nicht an den Wahlen teilnehmen – ihre Zukunft als Partei ist völlig offen. Endgültig trifft es der ehemaligen Partei von Banzer und Quiroga, der ADN: Die Partei hat nach dem Tod bzw. der „Fahnenflucht“ ihrer Gründer ihre Existenz eingebüßt.

Die Wahlen – kein Befreiungsschlag

Was von einigen Beobachtern als eine „willkommene Umgestaltung eines delegitierten“³ Parteiensystems bezeichnet wird, hat auch seine sehr dunkle Kehrseite: Denn dadurch wird die vorherrschende, akute Schwäche der demokratischen Institutionen verschärft. Die eigentlich begrüßenswerte wachsende politische Beteiligung der Gesellschaft findet keine demokratisch legitimierte Kanäle zum Ausdruck ihrer Forderungen und entlädt sich in zunehmend gewalttätigen Formen – Blockaden, Demonstrationen, Hungerstreiks etc. Zyniker, die dies als legitime Ausdrucksformen im Sinne einer Basisdemokratie bezeichnen, vergessen, dass unter den Folgen solcher Mobilisierungen vor allem die arme Bevölkerung am stärksten leidet (ca. 70% der Bolivianer leben unter der Armutsgrenze).

Die nach einer langwierigen politischen und verfassungsrechtlichen Auseinandersetzung, endlich kraft präsidentiellen Dekrets für den 18. Dezember abgesicherten Wahlen, zu Präsidenten, Abgeordneten, Senatoren und Präfekten, sollten eigentlich die schwelende politische Krise Boliviens der letzten Jahre lösen. Zunehmend wird klar, dass es fast schon unerheblich ist, wer als Sieger aus den Wahlen hervorgeht – er wird es in jedem Fall mit politischen Kräften zu tun haben, die auch aufgrund der Institutionenschwäche, demokratische Spielregeln immer seltener respektieren. Besonders in MAS-nahen Kreisen gelten urdemokratische Usancen, wie Kompromiss- und Diskussionsbereitschaft, wie freies Mandat und Koalitionsverhandlungen mittlerweile als Instrumente westlicher Dekadenz. Der als politische Befreiungsschlag gedachte Wahlgang droht somit die nächste Regierung nachträglich als Rückschlag einzuholen. Ob die beteiligten Akteure fähig sind, den Wählerwillen zu respektieren und im Namen des politischen Friedens, auf illegitimen Druck aus der Strasse zu verzichten, bleibt abzuwarten. In jedem Falle wird Bolivien nicht mehr viele Chancen zu einem Befreiungsschlag erhalten.

³ So z.B. politische Analysten wie R.Cortez, X.Costa oder R.Prada.

WAHLEN IN BOLIVIEN (18. Dezember 2005)

Kandidaten – Parteien – Programme

Die aussichtsreichsten:

MAS Movimiento al Socialismo	PODEMOS Poder Democrático Social	UN Unidad Nacional
<u>Präsident:</u> Evo Morales Ayma, 46 Jahre, Gewerkschaftsführer der Koka-Bauern	<u>Präsident:</u> Jorge „Tuto“ Quiroga Ramírez, 45 Jahre, Unternehmer	<u>Präsident:</u> Samuel Doria Medina, 47 Jahre, Unternehmer
<u>Vizepräsident</u> Alvaro García Linera, 43 Jahre, Dozent	<u>Vizepräsident</u> María Renée Duchén, 40 Jahre, verheiratet, Journalistin	<u>Vizepräsident</u> Carlos Dabdoub, 60 Jahre, verheiratet, Arzt
<u>Wichtigste programmatische Vorschläge:</u> • Marxistische Ausrichtung • Neue Verfassung • Einführung indigener Rechtsprechungsformen • Kommerzialisierung des Koka-Anbaus • Verstaatlichung der Erdgasindustrie • Ablehnung des Freihandels, Protektionismus	<u>Wichtigste programmatische Vorschläge:</u> • Liberale Ausrichtung • Dezentralisierung / Föderalisierung (im Rahmen Verfassungsreform) • Einführung sozialer Reformen (z.B. Kindergeld, Schulgeld) • Revision der Verträge zur Erdgasförderung • Internationale Einbindung, regionale Integration, Förderung eigener Wettbewerbsfähigkeit	<u>Wichtigste programmatische Vorschläge:</u> • Sozialdemokratische Ausrichtung • Dezentralisierung / Föderalisierung • Neue Verfassung • Verstaatlichung von Teilen der Erdgasindustrie • Vorsichtige internationale Einbindung; Ablehnung des ALCA/AFTA

Die weiteren:

MNR – Movimiento Nacionalista Revolucionario (Revolutionäre Nationalistische Bewegung)

Präsident: Michiaki Nagatani

Wichtigste programmatische Vorschläge: Neue Verfassung / Genossenschaftliches Wirtschaftsmodell / Teilweise Verstaatlichung der Erdgasindustrie

NFR – Nueva Fuerza Republicana (Neue Republikanische Kraft)

Präsident: Gildo Angulo

Wichtigste programmatische Vorschläge: Neue Verfassung / Marktwirtschaft mit sozialem Ausgleich

MIP – Movimiento Indígena Pachakutik (Indigenistische Bewegung Pachakutik)

Präsident: Felipe Quispe Huanca

Wichtigste programmatische Vorschläge: Neue Verfassung nach indigenem Recht, Wiederherstellung des Inka-Reichs „Tahuantinsuyo“ / Einführung indigenen Wirtschaftsmodells nach dem „Ayllu“-Prinzip / internationale Abschottung

FREPAB – Frente Patriótico Agropecuario de Bolivia (Patriotische Landwirtschaftliche Front Boliviens)

Präsident: Eliseo Rodríguez

Wichtigste programmatische Vorschläge: Neue Verfassung / teilweise Verstaatlichung der Erdgasindustrie

USTB- Unión Social de los Trabajadores de Bolivia (Soziale Union der Arbeiter Boliviens)

Präsident: Néstor García

Wichtigste programmatische Vorschläge: k.A.

E-Mail: pabehrens@kasbolivia.org